

Parlamentarischer Vorstoss

2025/550

Geschäftstyp:	Postulat
Titel:	Messergewalt bei Jugendlichen
Urheber/in:	Miriam Locher
Zuständig:	—
Mitunterzeichnet von:	Bammatter, Boerlin, Ismail, Jansen, Jaun, Kaufmann Urs, Kirchmayr, Koller, Meschberger, Mikeler, Roth, Schürch, Stöcklin, Strüby-Schaub, Weber Killer, Wyss
Eingereicht am:	27. November 2025
Dringlichkeit:	—

In der Schweiz und zunehmend auch in der Nordwestschweiz, ist ein besorgniserregender Trend zu beobachten: Immer mehr Jugendliche tragen Messer bei sich, und die Zahl der Messerdelikte steigt. Eine Studie der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (ZHAW) zeigt, dass jeder fünfte männliche Jugendliche zwischen 12 und 18 Jahren ein Messer trägt, besonders häufig im Alter von 14 bis 16 Jahren.

Auch in der Region Basel ist eine Zunahme messerbezogener Delikte festzustellen. In Basel-Stadt etwa stiegen die Anzeigen wegen Verstössen gegen das Waffengesetz im Jahr 2023 um 153 Prozent gegenüber dem Fünfjahresdurchschnitt. Fachleute führen diesen Anstieg sowohl auf verstärkte Kontrollen als auch auf eine tatsächliche Zunahme des Messertragens zurück.

Laut Bundesstatistik haben sich die Körperverletzungen mit Schneid- und Stichwaffen in der Schweiz in den letzten fünf Jahren mehr als verdoppelt. Besonders beunruhigend ist, dass Jugendliche zunehmend selbst betroffen oder involviert sind.

Forschende wie Prof. Dirk Baier (ZHAW) weisen darauf hin, dass hinter dem Phänomen komplexe Ursachen stehen: jugendkulturelle Einflüsse, gesellschaftliche Unsicherheiten, aber auch sozio-ökonomische Faktoren. Abschreckung durch härtere Strafen allein gilt laut wissenschaftlichen Erkenntnissen nicht als wirksames Mittel. Erfolgreiche Prävention setzt früh an – in Schule, Elternhaus und Freizeit.

Einige Kantone (unter anderem Zürich und Basel-Stadt) haben bereits Präventionskampagnen und gezielte Fachstellen eingerichtet, um Jugendliche für die Gefahren des Messertragens zu sensibilisieren. Im Kanton Basel-Landschaft fehlen bislang vergleichbare, koordinierte Ansätze.

Erklärtes Ziel muss sein, das Tragen von Messern unter Jugendlichen einzudämmen, die Sicherheit im öffentlichen Raum zu erhöhen und durch präventive Massnahmen langfristig Gewaltvorfälle zu reduzieren.

Der Regierungsrat wird deshalb beauftragt folgende Punkte zu prüfen und zu berichten:

1. Wie kann die Prävention von Messergewalt unter Jugendlichen im Kanton Basel-Landschaft gestärkt werden, insbesondere durch:
 - Informations- und Sensibilisierungskampagnen an Schulen, in Jugendtreffs und Sportvereinen;
 - Schulungen für Lehrpersonen, Sozialarbeitende und Jugendarbeitende;
 - die Einbindung von Eltern und Bezugspersonen in Präventionsprogramme;
 - die Förderung von Projekten, die gewaltfreie Konfliktlösungsstrategien vermitteln.
2. Kann der Kanton Basel-Landschaft eine kantonale Fachstelle oder Koordinationsstelle einrichten oder sich mit Basel-Stadt zusammenschliessen, um die Thematik Messergewalt und Jugendprävention gezielt zu bearbeiten und die Zusammenarbeit zwischen Polizei, Schulen, Sozialdiensten und Gemeinden zu stärken.
3. Ob gesetzliche oder ordnungspolitische Massnahmen, etwa verstärkte Kontrollen an bestimmten Orten (z. B. bei Veranstaltungen oder in Freizeitzentren), notwendig und verhältnismässig sind.
4. Wie die Medienarbeit und öffentliche Kommunikation zu diesem Thema so gestaltet werden kann, dass sie aufklärt, ohne unbeabsichtigt zur Normalisierung des Messertragens beizutragen.